

Unterbrechen und neu beschreiben.

Das Verhältnis von Kultur und politischer Bildung in der Arbeit der Evangelischen Akademie Thüringen

Es ist noch unklar, ob der 15. Februar 2003 als epochaler Tag in die Geschichte eingehen wird. 3.000.000 europäische Bürger versammelten sich in den Hauptstädten ihrer Länder, um gegen eine drohende Militärintervention im Irak zu protestieren. Eine konzertierte Demonstration, die es in dieser Form noch nicht gegeben hat. In Deutschland hatte das Ereignis einen besonderen Charakter, da die Bundesregierung anlässlich der Wahl im Jahr 2002 unmissverständlich ihren Anti-Kriegs-Kurs kommuniziert hatte und damit, wie viele Beobachter urteilen, diese gewonnen hatte.

Eine der größten Demonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik war also eine Pro-Regierungs-Demonstration. In der Inszenierung dieses Ereignisses zeichnet sich ein Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik ab, der vorher schon wahrnehmbar war, aber sich nun manifestartig zeigte. Demonstrationen waren in der Geschichte des Nachkriegsdeutschland ein Partizipationsinstrument. Als außer- und gegenparlamentarische Willensäußerung der Aktionen der Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre stand der Wille „bewegter“ Bürger gegen eine Koalition der großen Parteien im Parlament. Ein politischer Wille, der keinen Weg in die Institutionen fand, suchte die Öffentlichkeit der Straße und fand gelegentlich auch mediale Beachtung etwa als zweite oder dritte Meldung in der Tagesschau. Langfristig verschoben sich die Gewichte der politischen Kräfte, auch wenn die Demonstrationen um den damals so genannten „NATO-Doppelbeschlusses“ den Lauf der Geschichte wenig beeinflussten..

Auch die zweite große deutsche Demonstrationswelle im Zuge der Bürgerbewegung in der DDR war die Darstellung eines Dissenzvolumens. Öffentliche Illoyalität der Bürger Ostdeutschlands traf das auf lückenlose Gefolgschaft angelegte System empfindlich. Die Demonstrationen wurden im Westen Deutschlands euphorisch begrüßt und begleitet. Jede Leipziger Montagsdemonstration war in den dritten (Bildungs-)Programmen live zu verfolgen, während sie in der DDR selbstverständlich unterhalb der Schwelle medialer Verstärkung blieben. Trotzdem war die exterritoriale Öffentlichkeit der Demonstrationen ein wichtiger Grund für ihren schließlich gewaltlosen Erfolg.

Die Demonstration im Berlin des Jahres 2003 wurde live im öffentlich-rechtlichen Spartenkanal *Phoenix* übertragen. Mitglieder des Bundeskabinetts liefen mit, wurden fokussiert und befragt. Der Bundestagspräsident wurde interviewt, bezeichnete die Kundgebung als wichtiges öffentliches Signal. Ein Politiker wie Burkhard Hirsch von der Oppositionspartei FDP wurde am Rande der Demonstration über seine Skrupel mitzulaufen befragt und ließ sich schließlich vom Bundestagspräsidenten überzeugen mitzugehen. „Bürger lasst das Glotzen sein, kommt herunter, reiht euch ein!“ hatte es noch in den 80ern geheißen. Dieser Prozess war nun Teil einer öffentlich-rechtlich konfektionierten Live-Sendung. Akteure waren die Vertreter der institutionalisierten Politik.

Am Abend des Tages sendete RTL die Verleihung des Musikpreises *Echo*. In einer abendfüllenden Showveranstaltung wurde internationalen und nationalen Künstlern der Preis für den kommerziellen Erfolg auf dem deutschen Musikmarkt verliehen. Wer auf sich hielt, votierte in seiner Dankesrede für die friedliche Lösung des Irakkonfliktes. Besonders effektiv war der Auftritt der in der medialen Öffentlichkeit gecasteten Girlgroup „No Angels“. Sie trugen zur Verleihung T-Shirts, auf die der Schriftzug „No War“ appliziert war. Die „No Angels“ votierten in ihrem Kleidungscode für „No War“. Im musikalischen Begleitprogramm sang die deutsche Soulstimme aus Stuttgart Joy Denalane „Im Ghetto von Soweto“. Im Hintergrund flimmerten braun gefärbte Videobilder aus dem Staub des Ghettos.

Kultur, Politik, Öffentlichkeit

Diese Skizze veranschaulicht den angesprochenen Wandel des Verhältnisses von Politik und Öffentlichkeit. Die Akteure des politischen Systems treten mehr und mehr auf die Schauplätze der öffentlichen Meinung. Der 15. Februar zeigte Minister auf der Straße, die in die Fernsehkamera sagen, sie seien hier, um ein öffentliches Zeichen zusetzen. Akteure der populären Kultur benutzen politische Optionen, um ihr Image zu konturieren. Auch Kommissionen zur Restrukturierung des Arbeitsmarktes oder Expertenkommissionen für die Erarbeitung eines neuen Rentensystems stehen mittlerweile im Licht der Öffentlichkeit, und man gewinnt den Eindruck, dass gesellschaftliche Reformprojekte erst mit der Flankierung durch kampagnenartige Medienereignisse genug gesellschaftliche Schwere bekommen, um durchsetzbar zu werden.

Grundlagen dieser veränderten Situation sind vor allem zwei Entwicklungen. Die Öffnung des deutschen Mediensystems für nicht öffentlich-rechtlich strukturierte Anbieter, hat die Anzahl der gesellschaftlich kommunizierten Positionen vervielfacht. Die Gatekeeper der Fernsehanstalten haben ihre homogenisierende Funktion verloren. Die Agenda der politischen Themen wird nicht mehr von einer Handvoll von verantwortlichen Redakteuren bestimmt, sondern die Abweichung vom Mainstream birgt den Zugang zur gesellschaftlich knappen und quotenträchtigen Ressource Aufmerksamkeit. Wenn die öffentlich-rechtlichen Medien in milder Propagandaausrichtung den Kosovokrieg unterstützen, sprechen bei RTL und ntv die kritischen Friedensforscher.

Die zweite Entwicklung, die ich hier kurz nennen möchte, ist das kräftemäßige Patt, das durch die Erstarkung gesellschaftlicher Verbände und Interessensgruppen entstand. Der Reformstau der Kohl-Regierung erklärt sich aus der mangelnden Durchsetzbarkeit legislativer und exekutiver Initiativen in einer gesellschaftlichen Situation, in der die politische Klasse nicht mehr so agieren kann, dass ihr der Rest der Gesellschaft automatisch folgt. Dieser Problemlage begegnete die rot-grüne Koalition durch eine mediale Flankierung ihrer politischen Absichten. Nicht nur Wahlen gewinnt der Medienkanzler, weil er die Prozesse öffentlicher Inszenierung der Politik beherrscht, sondern auch seine Strukturreformen werden von Kampagnen begleitet, die die empfindliche Balance der Interessenskonflikte casual in eine Richtung lenkt.

Dieser unhintergehbare öffentliche Charakter der Politik hat massive Auswirkungen auf das Verhältnis von Politik und Kultur. Im kulturellen Bereich werden die Praktiken und Plausibilitätsstrukturen entwickelt, nach denen die öffentliche Auseinandersetzung funktioniert. Auch für politische Bildung heißt das, dass sie sich nicht mehr darauf beschränken kann, Anleitungen für die Partizipation am politischen System zu verbreiten oder klassische politische Themen so diskutieren zu lassen, dass der Anschein einer ordentlichen politischen Debatte entsteht.

Politische Bildungsarbeit muss in dieser Situation die kulturellen Entstehungsbedingungen politischer Entscheidungslagen mitreflektieren und berücksichtigen. Die Evangelische Akademie Thüringen versucht, auf den so beschriebenen Wandel zu reagieren, indem sie Formate entwickelt und erprobt, die ich exemplarisch vorstellen möchte. Als anerkannter Träger der politischen Bildung im Osten Deutschlands arbeitet sie in einer gesellschaftlichen Situation, in der die Neuartigkeit der hier charakterisierten politischen Entwicklung besonders hart auf das bisher verbreitete Politikverständnis aufsetzt.

Ich möchte in zwei Abschnitten zeigen (1) welche politischen Implikationen kulturelle Ereignisse haben und wie sie in der Bildungsarbeit Resonanz erhalten können und (2) wie sich kulturelle Praktiken erfolgreich in politische Prozesse implementieren lassen.

Politik in Kunst: Engagierte Kunst als Neubeschreibung politischer Verhältnisse. Eine Ausstellungsfahrt zur documenta 11

Wenn früher in Kassel *documenta* war, drängte die Kunst aus ihren weißen Museumsräumen hinaus in den öffentlichen Raum. In diesem Jahr musste man die Außenarbeiten mit dem Orientierungsplan suchen. Introvertierte Pavillons standen in der Parkaue, Thomas Hirschhorns Bataille-Denkmal in einem Vorort. Die *documenta 11* setzt vor allem auf den White Cube des Museumsraums. Der Friedrichsplatz war zum ersten Mal kunstfrei.

Das mochte daran liegen, dass die Öffentlichkeit, die andere Kuratoren im Stadtraum suchten, vom Nigerianer Okwui Enwezor konsequent medial definiert wurde. Ging man hinein in die weißen Räume, begegnete man Kunstwerken, die von sich wegweisen. Sie dokumentierten fiktiv oder real Vergangenheit, repräsentierten abgelegene Orte oder entwarfen ironisch und ernsthaft Zukunftsszenarien. Immer erschlossen sie ein Netz von Verbindungen, die vom geschützten Raum des Museums hinaus in die Welt gingen.

So wie die großen Demonstrationen nicht mehr das politische Dissenzvolumen repräsentieren, ist auch die Kunst im öffentlichen Raum nicht mehr das Vehikel, die schieflich-friedliche Trennung von Kunst und Politik zu unterbrechen. Vielfältige Öffnungsbewegungen des Kunstsystems haben zu einem Verhältnis von Kunst und Politik geführt, das wesentlich differenzierter ist als in der Vergangenheit. Dieselbe Entwicklung hat zu einer Komplexität geführt, die vom normalen Ausstellungsbesucher nicht mehr ohne weiteres nachvollzogen werden kann. Hier muss politisch-kulturelle Bildung ansetzen.

Die Ausstellungsfahrt der Evangelischen Akademie Thüringen reservierte ein ganzes Wochenende für den Besuch der internationalen Kunstschau. Die Veranstaltung war so choreographiert, dass die Teilnehmenden von einer individuellen Tour durch die Ausstellungshallen zu einer Gruppenauseinandersetzung geführt wurden. Nach einem ersten Gang, wurden die Erlebnisse abgefragt und diskutiert, die einen nachhaltigen Eindruck ausgelöst hatten. Die Kommunikation dieser Eindrücke führte zu einem Impuls, den komplexen Strukturen einzelner Kunstwerke nachzugehen.

Eine offizielle Führung zu den auffällig gewordenen Installationen brachte die Konfrontation mit der offiziellen Lesart der Kunstwerke, die bei dieser *documenta* mit besonderer Aufmerksamkeit versehen worden war. Die Schulung der Ausstellungsführer war mit bisher unerreichter Gründlichkeit durchgeführt worden. Trotzdem gab es keine befriedigende Erklärung durch den Besuchsdienst. Eine eigene Führung der Teilnehmer der Ausstellungsfahrt wurde am Abend des zweiten Tages vorbereitet. Am letzten Tag stellte eine eigene Führung der Teilnehmer, die die Paten- und Expertenschaft für jeweils ein Kunstwerk übernahmen, den Abschluss dar.

Dabei wurden Zusammenhänge deutlich, die sich nicht von selbst aufdrängten. Eine Brachlandschaft im us-amerikanischen Pennsylvania ist durch Kohleförderung und -verarbeitung nachhaltig verseucht worden. Eine Gartenarchitektin, Julie Bargmann, hat zusammen mit einer Künstlerin, Stacy Levy, einen Park entworfen, der diese Industrielandschaft zurückholen will. In der Arbeit „Testing the Waters“ ist von den Lackmus-Gärten die Rede, in der die orangeroten und türkisblauen Abwässer mit einheimischen Pflanzen passender Farbe bepflanzt werden. Damit soll der Umwandlungsprozess der Landschaft dokumentiert werden. Nicht frisches Grün anstelle der abgestorbenen Natur ist hier der Lösungsansatz, sondern eine künstlerisch-botanische Variation über die künstliche Farbigkeit der industriellen Verseuchung. Die Dokumentation, die auf dieses Projekt verweist, enthält Naturstoffe in Metallrahmen, ätzt aber auch Stadien künstlicher Prozesse in Metallscheiben, die vor den Bildern eines entstehenden giftbunten Landschaftsparks aufgehängt sind. Die postindustrielle Gesellschaft, der sich Okwui Enwezor verpflichtet weiß, zeigt hier eine reflektierte Position gegenüber den Hinterlassenschaften der Kohlezeit.

Die sogenannte Atlas Group, eine Erfindung des Exillibanesen Walid Ra'ad, gibt vor, die Geschichte der Libanonkriege zu archivieren. Man möchte sich abwenden, wittert eine langweilige Nahostpolitdokumentation für Eingeweihte und Engagierte und sieht plötzlich: Da wird blühender Unsinn dokumentiert. Die Leidenschaft der Libanonkriegshistoriker für Pferdewetten und ihre Versuche, die Zielfotos zu manipulieren. Große monochrome Gemälde, aus deren Blau angeblich kleine schwarzweiße Fotografien rekonstruierbar sind. Man sieht sie wie kleine Ausstellungsschildchen unter den Arbeiten. Und dann alle PKW-Marken, in denen Autobomben explodiert sind, durcheinander geklebt, als habe jemand Versandhauskataloge geplündert. Ein Libanese mit hinterhältigem Humor. Plötzlich erkennen die Teilnehmer, dass sie Ironie in der arabischen Welt bisher vermisst haben.

Kunst in Politik: Künstlerische Wahrnehmung als Widerlager politischer Interessenskonflikte

In Erfurt liegt die Brache des Ofenherstellers J.A. Topf & Söhne. Hier wurden Krematorien des Typs „Auschwitz“ und „Buchenwald“ konstruiert und gebaut und an diverse Konzentrations- und Vernichtungslager verkauft. Aus dem gut erhaltenen Zeichensaal hat man einen direkten Blick auf den Turm der Mahnmalsanlage in Buchenwald. Die Zeichner konnten den Zielort ihrer Arbeit sehen, wenn sie von den Zeichenbrettern, die dort noch stehen, aufblickten. Seit 1994 steht das ehemalige Firmengelände leer und verfällt zusehends.

Eine Initiative aus Institutionen und Einzelpersonen aller politischen Lager versuchte seit 1998 diesen Ort ins kollektive Gedächtnis der Stadt Erfurt zu holen. Die Evangelische Akademie Thüringen beteiligte sich an diesem Prozess mit akademiespezifischen Mitteln. Eine Tagung zum „Gedenken an semiauthentischen Orten“ mit Aleida Assmann bildete den Auftakt. Dann folgte ein langgezogenes Expertenhearing zum Thema „Was passiert mit der Erfurter Brache des Krematorienherstellers J.A. Topf & Söhne?“ Namhafte Experten für Erinnerungspolitik, Wirtschaftsgeschichte und Gedächtniskultur reisten dazu nach Erfurt. In der Bildungs- und Begegnungsstätte „Kleine Synagoge“ wurde monatlich ein anderer Aspekt der Frage, wie aus einer Industriebrache ein Erinnerungsort werden kann, debattiert.

Im Jahr 2001 organisierte die Akademie eine Wanderausstellung zum Thema „Unort Brache“. Fünf Fotografen näherten sich dem Gelände unter der Frage: „Kann man Geschichte sehen?“ oder „Wie ist das, was dort geschah, in der Wahrnehmung des Ortes präsent?“

In einer Situation, in der das Ringen einer Gedenkinitiative um Öffentlichkeit von den Repräsentanten der Stadt beharrlich ignoriert wurde und sich die Dissenzkräfte mit kritischen Maximalforderungen an die öffentlichen Institutionen wandten, unterbrach die Akademie die eingespielten Rituale dieser patriarchal-infantilen Dyade durch gezielte kulturelle Verlangsamung. Was heißt die Berücksichtigung der dunklen Teile der Geschichte Erfurts für das öffentliche Gedächtnis der Stadt? Welche Koalitionen lassen sich in dieser Situation bilden? Die Deutsche Bank Erfurt, die der Firma mehrmals aus Liquiditätskrisen half, wurde erfolgreich in die Initiative integriert. Ebenso Akteure wie die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringens oder der Katholische Unternehmerverband.

Die Erstpräsentation der Ausstellung in einer Kirche während der Passionzeit integrierte liturgisch-rituelle Dimensionen in die Gedenkarbeit. Letztlich ließ sich die zur Zuspitzung neigende politische Situation durch diese kulturellen Praktiken nicht nachhaltig beeinflussen. Aber die in der Öffentlichkeit agierende Praxis politisch-kultureller Bildung führte zu einer Situation, in der es gelang, Bundesmittel für ein an der Gedenkstätte Buchenwald angesiedeltes Forschungsprojekt frei zu machen. Eine Betriebshistorikerin erarbeitet jetzt in Zusammenarbeit mit dem historischen Museum Erfurt eine überregionale Ausstellung, die 2005 in Auschwitz, einem der Zielorte der Produktion der Erfurter Firma gezeigt werden wird.

Ausstellungskatalog in Form einer betrieblichen Imagebroschüre zu erhalten bei der Evangelischen Akademie Thüringen, Zinzendorfhaus, 99192 Neudietendorf, www.ev-akademie-thueringen.de.

Assmann, Aleida/Hiddemann, Frank/Schwarzenberger, Eckhard. *Firma Topf & Söhne – Hersteller der Öfen für Auschwitz. Ein Fabrikgelände als Erinnerungsort?* Frankfurt: Campus, 2002.

Hiddemann, Frank. "Unterbrechen und neu beschreiben. Das Verhältnis von Kultur und politischer Bildung in der Arbeit der Evangelischen Akademie Thüringen". In: *Praxis Politische Bildung* 7 (2003). Heft 2. S. 91-97.